

FREMDEN
FEINDLICH
KEIT
RECHTS
EXTREMIS
MUS
ANTISEMI
TISMUS
INTOLE
RANZ

Argumente für eine Politische Bildung ohne Verfassungsschutz

1. Der falsche Akteur

Nazis morden und der VS mischt mit

Riesige Geldsummen flossen vom Verfassungsschutz in den Aufbau von Neonazistrukturen. In Thüringen erhielt beispielsweise ein einzelner bezahlter Nazi - genannt V-Mann - 200.000 DM. Auch sind direkte Gelder an den NSU geflossen, wie bereits in den Medien berichtet wurde. Nach aufwendiger Recherche hat REPORT MAINZ insgesamt 50 V-Leute aus der Neo-Nazi-Szene der vergangenen Jahrzehnte identifiziert und deren Wirken analysiert. Fast jeder Vierte von ihnen hat während des „Spitzeldienstes“ Straftaten begangen, unter anderem Nötigung, Körperverletzung, Aufruf zum Mord, Waffenhandel, Bombenbau, Sprengstoff- und Brandanschläge. Weiterhin wurde berichtet, dass mindestens sechs Personen vom Verfassungsschutz vor drohender Strafverfolgung gewarnt worden. Ein fünf- bis sechstelliges Honorar haben nach den Recherchen 30 Prozent der Nazi-V-Personen für ihre Tätigkeit erhalten, das höchste Honorar betrug immerhin 180.000 Euro. Eine beachtliche Anzahl der braunen Informanten hat das Geld für die Neonazi-Szene verwendet. Zudem waren mindestens sechs der V-Leute im Umfeld des NSU eingesetzt. Zu diesen Ergebnissen kam REPORT MAINZ nach Analyse von Akten von Strafverfolgern und Geheimdienstlern, sowie Auswertungen von Pressearchiven. **Alles nur Pannen?** ist die Frage, die sich uns aufdrängen muss.

Dass das Thema keineswegs neu ist, aber Gefahr läuft schnell vergessen zu werden, zeigt der Blick genau 10 Jahre zurück. Am 18. März 2003 wurde das NPD –Verbotsfahren, von dem heute niemand mehr wissen will, eingestellt. Der 2001 gestartete Versuch, die Partei zu verbieten scheiterte daran, dass die NPD von V-Leuten des Verfassungsschutzes durchgesetzt war. Zur Prüfung der Frage, ob die NPD eine verfassungswidrige Partei ist, kam es wegen dieses „nicht behebbaren Verfahrenshindernisses“ gar nicht erst. Die Personen, um die es sich damals drehte, sind teilweise dieselben wie heute. Tino Brandt ist wohl der bekannteste Name in diesem Zusammenhang aus Thüringen. Bereits damals sorgten die Geldsummen, deren Verwendung zum Aufbau brauner Strukturen, der sogenannte „Quellenschutz“ und die Unkontrollierbarkeit bezahlter Nazis für Empörung. **Was aber ist daraus geworden? Was hatte sich seit 2003 bis 2011 oder wenigstens nach Auffliegen des NSU an der Strategie des Geheimdienstes und der Ermittlungsbehörden getan?**

Als ob all diese Dinge nicht genug wären, kommt es im Rahmen des Versuchs einer Aufarbeitung der NSU-Verbrechen zum mehrfachen und systematischem Vernichten zentraler Informationen zu Verbindungsleuten, ihren Kontakten und ihrem Handeln.

FREMDEN
FEINDLICH
KEIT
RECHTS
EXTREMIS
MUS
ANTISEMI
TISMUS
INTOLE
RANZ

Die Vorgehensweisen und das bewußte Blockieren von Aufarbeitung lassen eine lückenlose Aufklärung unmöglich erscheinen.

Aber noch etwas darf im Bezug auf die Arbeit des Verfassungsschutzes nicht unerwähnt bleiben. Während neonazistische Strukturen, dank Finanzspritzen und Aufbauförderung, Anschläge verübten und Menschen töteten, wurden Initiativen, Organisationen und PolitikerInnen, systematisch vom Verfassungsschutz überwacht. Menschen, die sich gegen Rassismus und Neonazismus, aber auch Gewalt und Militarismus engagieren.

Was bringt uns also dazu, den Verfassungsschutz als Partner im Rahmen politischer Bildung im Allgemeinen und vor allen im Themenfeld Neonazismus zu verstehen?

2. Das falsche Verständnis von Demokratie

Politische Bildung ad absurdum

Von den Unzulänglichkeiten des Verfassungsschutzes, insbesondere des Thüringer Landesamtes, einmal abgesehen, gibt es einen Aspekt, den es bewusst zu machen gilt. Der Verfassungsschutz ist eben keine Behörde und Institution wie jede andere, denn wir sprechen von Geheimdiensten. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist prinzipieller Natur.

Wollen wir Geheimdienste wirklich an unseren Schulen, Jugend- und Bildungsstätten? Es liegt im Wesen aller Geheimdienste, dass sie sich öffentlicher und auch parlamentarischer Kontrolle entziehen. Sie agieren geheim, arbeiten im Dunkeln und ihre operativen Mittel stehen oftmals im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Was für alle Geheimdienste bezeichnend ist, gilt für den Verfassungsschutz im Besonderen: sie sind demokratiefremd. **Welches Demokratieverständnis und welche Demokratiekompetenzen sollen ausgerechnet VertreterInnen von Geheimdiensten vermitteln?**

Nach Forderungen von Revision bis Abschaffung des Verfassungsschutzes kämpft dieser nicht mehr nur ums Image, sondern um neue Legitimationsgrundlagen. Dabei scheint unterzugehen, dass der Verfassungsschutz **nie und zu keiner Zeit einen Bildungsauftrag besessen** hat, lediglich eine Informationspflicht. Anstelle diese, eigentlich bedeutende Aufgabe nun verstärkt auf den Adressat Schule umzudeuten, sollte er der Pflicht besser gegenüber den Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, sowie den Parlamentarischen Gremien nachkommen.

FREMDEN
FEINDLICH
KEIT
RECHTS
EXTREMIS
MUS
ANTISEMI
TISMUS
INTOLE
RANZ

3. Der falsche Inhalt

Extrem is Mus – das theoretische Konstrukt des VS

Problematisch ist aber nicht nur der Verfassungsschutz als Akteur in politischen Bildungsfragen, sondern auch der durch diesen transportierte Inhalt, sein Demokratieverständnis sowie die Problemdarstellung in Bezug auf die Gefahren der Demokratie. Der Verfassungsschutz spricht von „**Extremisten**“ und meint primär GegnerInnen der bestehenden politischen bzw. staatlichen Ordnung, was keinesfalls gleichzusetzen ist, mit den GefährderInnen der Menschenwürde oder universellen Menschenrechte. Die von ihm ausgemachten GegnerInnen der bestehenden Ordnung teilt er in Links und Rechts ein. Die hinter dem Rechtsextremismus stehende Ideologie wird somit nicht als ein soziales Phänomen, das mitten in der Gesellschaft wurzelt, sondern als „Extreme“ am Rand verstanden. Ungleichwertigkeitsvorstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als die eigentliche Gefahr für Menschenwürde, Menschenrechte und die Demokratie stehen hierbei nicht im Mittelpunkt, ebenso wenig ihre Ursachen. Forscher wie Neugebauer, Heitmeyer, Butterwegge, Brähler, Decker oder Stöss zeigen, dass der Extremismusbegriff, besonders das eindimensionale Achsenmodell (links, mitte, rechts) für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung ungeeignet ist. Hier werden Links- und Rechtsextremismus vielfach gleichgesetzt und zudem eine demokratische gesinnte Mitte suggeriert, während die Gefahren scheinbar nur Randerscheinungen sind.

Theorien mit extremer Wirkung

Die aus diesem Verständnis abgeleitete, weit verbreitete und als wissenschaftlich verkaufte **Extremismustheorie** blendet Ungleichwertigkeitsideologien nicht nur aus, sie **verharmlost Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** und die daraus resultierende Gewalt. Staatliche Behörden, auf Basis der Extremismustheorie agierend, erkennen weniger als ein Drittel der Todesopfer rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt, die es seit der Wende in Deutschland gegeben hat, als Opfer dieser Ungleichwertigkeitsideologien an. Auch geschieht die ermittlungsbehördliche **Verfolgung von Straftaten unter extremismustheoretischer Betrachtung unzulänglich**. Das Neonazis mit gleichem Motiv und derselben Waffe ein Jahrzehnt mordend durch das Land ziehen konnten, ohne das eine Behörde, den rassistischen Hintergrund in den Mittelpunkt der Untersuchungen rückte, ist letztendlich eine Folge. Das Phänomen des sog. Rechtsextremismus kann mit der extremismustheoretischen Auseinandersetzung nur in Teilen erfasst werden. Dies führte in der Vergangenheit zu **nicht ausreichenden Erklärungen, fehlenden Ursachenanalysen und falschen Schlussfolgerungen**. Eine Betrachtung auf Handlungsebene reduziert (Gewalt, Wahlen, Protestverhalten), vermittelte z.B. lange Zeit ein unkorrektes Bild eines „männlichen,

FREMDEN
FEINDLICH
KEIT
RECHTS
EXTREMIS
MUS
ANTISEMI
TISMUS
INTOLE
RANZ

ostdeutschen Jugendproblems am gesellschaftlichen Rand“. Die späteren NPD-Wahlergebnisse tat man gerne als Protestverhalten ab. Auf nicht ausreichende Analysen folgten **problematische Lösungswege**, wie etwa der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit oder z.B. das taktische Ignorieren von Entwicklungen, als glaubte man tatsächlich an die Selbstregulierung durch Nicht-Thematisierung.

Wo Rechtsextremismus, da auch Phantomschmerzen Links

Nach Extremismustheorie gibt es auch die „andere“ Seite, den „Linksextremismus“. Beide Formen werden als zwei Facetten eines Problems dargestellt und gleichgesetzt. Der Geisterbegriff „Linksextremismus“, welcher unklar definiert ist, wird zudem für alle unliebsamen Bestrebungen gebraucht: Protestbewegungen, emanzipatorische Kritik, antifaschistische Arbeit oder gar unpolitische Randale. **Gesellschaftskritik und antifaschistisches Engagement werden so mit dem Denken und Handeln von Nazis gleichgesetzt.** Ein Eintreten gegen Ungleichwertigkeit und gegen nazistische Aktivitäten wird als „Linkes Handeln“ abgetan und nicht als selbstverständliche, demokratische Pflicht verstanden. Wer sich gegen Nazis engagiert, wird links verortet, wer Proteste organisiert oder sich, das Grundgesetz schützend, Nazis in den Weg stellt, schnell zum „Linksextremist“. **Kriminalisierung und bewusste Schwächung basisdemokratischen, antifaschistischen Engagements und zivilcouragierten Handelns** sind schon seit Jahrzehnten die Folge dieser Sichtweise und gipfelten in der sogenannten „**Extremismusklausel**“. Ironischerweise nennt man den von Initiativen und Projekten abgepressten Schwur auf die Verfassung "Demokratieerklärung".

Extreme Kräfte verschenkt - kleine Erfolge erkämpft

Die Auswirkungen kennen wir auch in Jena und Thüringen. Ungleichwertigkeitsvorstellungen und nazistische Entwicklungen konnten mit der Extremismustheorie nicht ausreichend beschrieben werden. Eine Forschung nach den Ursachen und möglichen Handlungsoptionen ist nach dem Konstrukt nicht im Ansatz zu leisten gewesen und die von ihr abgeleiteten Interventions- und Lösungsansätze erwiesen sich häufig als problematisch und erschwerten sogar die Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Was haben Initiativen, Vereine, Gewerkschaften und engagierte Menschen in den letzten Jahren mit der Extremismustheorie gerungen? Die vielen kritischen Stimmen, die unzähligen Debatten und Diskurse haben letztendlich dazu geführt, dass die **nachträgliche Streichung der Passage zum so genannten Linksextremismus wie auch der Inhalte des Verfassungsschutzes** aus dem noch recht jungen Thüringer Landesprogramm versprochen worden. Ein bedeutenderes Ergebnis der intensiven Diskurse war aber die Entscheidung, dass in Thüringen **auf die „Extremismusklausel“ als Förderbedingung im Landesprogramm verzichtet** wird.

FREMDEN
FEINDLICH
KEIT
RECHTS
EXTREMIS
MUS
ANTISEMI
TISMUS
INTOLE
RANZ

Was wir wirklich brauchen.

Extreme Herausforderungen für Politische Bildung

Politikverdrossenheit, obrigkeitsstaatliches Denken, antidemokratische, menschenfeindliche Einstellungen und eine, sich als „unpolitisch“ definierende Bürgerschaft sind die großen Herausforderungen, denen sich politische Bildung zu stellen hat. In ihren Mittelpunkt gehören nicht der Staatsschutzgedanke, sondern das Bewahren universeller Menschenrechte und die Förderung demokratischer Kultur. Ziel muss es sein, Menschen zur aktiven, demokratischen Teilhabe an einer pluralistischen Gesellschaft zu erziehen, die Bedeutung der Unantastbarkeit der menschlichen Würde und ihre Verteidigung durch überzeugte DemokratInnen gilt es erlebbar zu machen. Eine Extremismustheorie tut genau das Gegenteil. Sie erzieht das Passivbleiben der suggerierten „Mitte“ innerhalb demokratischer Prozesse. Aktives Engagement, inklusive Protestverhalten und das Einstehen für demokratische Grundrechte werden hier an Ränder gedrängt und als durchaus problematisch und potenziell gefährlich charakterisiert. So wird behindert, dass zivilgesellschaftliches Engagement, demokratische Teilhabe und der persönliche Einsatz gegen Ungleichwertigkeitsideologien als das gesehen werden, was sie sind – Selbstverständlichkeiten für jede/n überzeugte/n Demokrat/in.

Wir wollen uns genau diesen Herausforderungen stellen und das geht nur durch politische Bildung OHNE GEHEIMDIENST und ohne Extremismustheorie!

Janine Patz

Kokont Jena
2013

Sie wollen in Jena eine Veranstaltung oder ein Projekt zum Themenfeld Demokratie, Ideologie der Ungleichwertigkeit oder Neonazismus organisieren? Wir vermitteln gerne an kompetente Akteure oder gestalten mit Ihnen gemeinsam ein individuelles Angebot. www.kokont-jena.de